



	z. K.	Federl.	Mitint.	Sektion
DIR				
BWO				
KOM				Sachb.
BFE				
OFEN				Termin
UFE				Kopie
AEE				
AEW				Akten-Nr.
				Erledigt

- 4. Feb. 2013

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH

an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation (Zustelladresse: Bundesamt für Energie,
Sektion Energieeffizienz, 3003 Bern)

Zürich, 30. Januar 2013

Energiestrategie 2050 (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken für die Einladung vom 28. September 2012, zur Energiestrategie 2050 (Vorlage vom 28. September 2012) Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen zur Energiestrategie 2050

Eine auf einen längeren Zeitraum ausgerichtete energiepolitische Gesamtsicht auf Bundesebene begrüssen wir. Die Stossrichtung der Energiestrategie 2050 deckt sich bezüglich Steigerung der Energieeffizienz, Förderung der erneuerbaren Energien und Verminderung des CO₂-Ausstosses mit den Schwerpunkten der kantonalen Energiepolitik.

Gemäss Art. 89 Abs. 1 BV (SR 101) hat sich die Energiepolitik für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch einzusetzen. In der Energiestrategie 2050 werden diese umfassenden verfassungsmässigen Vorgaben, die, ganzheitlich betrachtet, der Förderung der Wohlfahrt dienen, aus unserer Sicht zu stark zugunsten einer umweltverträglicheren Energieversorgung umgesetzt. Eine wichtige Stellung in der Strategie nehmen auch erhöhte Anforderungen an den Klimaschutz ein. Hingegen spielen die Wirtschaftlichkeit und die Versorgungssicherheit, die für den Kanton Zürich als bevölkerungsreichster Kanton und bedeutender Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind, in der Energiestrategie 2050 eine unter-

geordnete Rolle. Wünschenswert wäre beispielsweise ein Zielwert, wie hoch der Grad der Selbstversorgung für die Schweiz im Strombereich mindestens sein sollte, um eine sichere Energieversorgung unter Berücksichtigung der sich verstärkenden internationalen Vernetzung zu gewährleisten. Die Forschung soll sich weiterhin breitgefächert mit den Möglichkeiten der Technologie der Stromversorgung beschäftigen.

Verschiedene Vorschläge aus dem ersten Massnahmenpaket werden begrüsst, wie etwa die höhere Gewichtung erneuerbarer Energien bei Interessenabwägungen, der Ausbau wettbewerblicher Ausschreibungen, die Verschärfung der Vorschriften für Geräte und Fahrzeuge, die Vereinfachung der Förderung kleiner Fotovoltaikanlagen oder die verstärkte Unterstützung der Information, Beratung und Weiterbildung. Aus Sicht unseres Kantons von besonderer Bedeutung ist jedoch, dass im Rahmen der Förderung erneuerbarer Energien die Stromerzeugung aus allen Arten von Anlagen, insbesondere auch aus Kehrlichtverbrennungsanlagen und Kläranlagen, gefördert wird.

Für die abschliessende Beurteilung der gesamten Energiestrategie 2050 ist wichtig, dass über den Vollzug des zweiten Schrittes der Strommarktöffnung entschieden wird. Ebenfalls erforderlich ist die Klärung des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Union (EU) im Energiebereich (Energieabkommen). Ausserdem ist eine Verzerrung des Wettbewerbs zu erwarten durch die in der Energiestrategie 2050 vorgesehenen langfristig zu gewährenden Subventionen. Vorzuziehen ist eine Steuerung über eine staatsquotenneutrale CO₂-Abgabe mit einer Rückerstattung an Bevölkerung und Wirtschaft, um die notwendige Investitions- und Rechtssicherheit besser zu gewährleisten.

Indem über das Massnahmenpaket im ersten Schritt der Energiestrategie 2050 die Subventionstatbestände erweitert werden, ist eine erfolgreiche Umsetzung des ab 2020 geplanten zweiten Schrittes einer staatsquotenneutralen Lenkungsabgabe fraglich. Der Grundsatzentscheid über eine Lenkungsabgabe sollte mit dem Beschluss über den ersten Schritt der Energiestrategie 2050 erfolgen.

Noch zu prüfen ist die Verfassungsmässigkeit der vorgesehenen Massnahmen. Wir empfehlen diese Prüfung namentlich bei der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe, bei der KEV, beim Verbot neuer Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke, bei den Vorgaben zur kantonalen Richt- und Nutzungsplanung für Energieanlagen und bei den neuen Bestimmungen im Steuerrecht.

Der den Vernehmlassungsunterlagen beigelegte Fragebogen geht nicht auf alle mit der Vernehmlassung vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ein. Wichtige Änderungsvorschläge werden nicht aufgeführt, wie beispielsweise der Wegfall des Quotenmodells (Art. 7b Abs. 4 EnG) oder

die endgültige Aufnahme des Verbots einer Ausfuhr von Brennelementen zur Wiederaufarbeitung (vgl. heutiges Moratorium bis 30. Juni 2016 gemäss Art. 106 Abs. 4 Kernenergiegesetz vom 21. März 2003 [SR 732.1]). Daher verzichten wir auf die Beantwortung dieses Fragebogens.

Änderungsanträge

Entwurf vom 28. September 2012 zum Energiegesetz (E-EnG, SR 730.0)

1. Kapitel: Zweck, Ziele und Grundsätze

Art. 2 und 4:

Es soll festgelegt werden, wie hoch der Grad der Selbstversorgung in der Schweiz im Strombereich mindestens sein sollte, um eine sichere Stromversorgung unter Berücksichtigung der sich verstärkenden internationalen Vernetzung zu gewährleisten.

Antrag: Art. 2 und 4 sind entsprechend anzupassen.

Art. 3:

Werden fossile Energieträger für die Stromerzeugung benötigt, ist der Technologieentscheid möglichst der Energiewirtschaft zu überlassen. Aus Gründen der Versorgungssicherheit sind stromgeführte Grosskraftwerke den wärmegeführten dezentralen WKK-Anlagen vorzuziehen. Eine besondere Förderung oder die Festlegung eines Ausbauziels für WKK-Anlagen werden abgelehnt (vgl. Antrag zu Art. 31 und 32).

Antrag: Art. 3 ist zu streichen.

Art. 6 Abs. 3:

Die Entscheidung über ein Gaskraftwerk ist grundsätzlich dem Markt zu überlassen (vgl. Bemerkung zu Art. 3). Die Anforderungen an einen wirksamen Klimaschutz sind in das CO₂-Gesetz aufzunehmen.

2. Kapitel Energieversorgung

Art. 11–13:

Es ist unklar, welcher Stellenwert einem Plan zum Ausbaupotenzial im Vergleich zu einem Sachplan nach Art. 14 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG, SR 700) zukommt. Für die Standortsicherung von Wasser- und Windkraftanlagen bzw. von erneuerbaren Energien überhaupt sind die bestehenden Instrumente der Raumplanung anzuwenden. Die entsprechenden Vorgaben sind daher ins Raumplanungsgesetz aufzunehmen. Bestimmungen im Energiegesetz über raumplanerische Anforderungen bzw. über die Zuweisung entsprechender Aufgaben lehnen wir ab.

Antrag: Art. 11, 12 und 13 sind zu streichen oder grundlegend zu überarbeiten.

Art. 16:

Wir stimmen einer Beschleunigung der Bewilligungsverfahren zu. Die Kantone bemühen sich allerdings schon heute, alle Bewilligungsverfahren – nicht nur jene im Energiebereich – möglichst rasch durchzuführen. Von den vorgeschlagenen Massnahmen erwarten wir daher nur geringe Wirkungen. Es können damit weder die Interessenabwägung noch die Mitsprache der Bevölkerung übergangen werden.

Antrag: Art. 16 Abs. 1 ist zu streichen.

3. Kapitel: Einspeisung netzgebundener Energie und Vergütungssysteme

Art. 18 Abs. 1 und 3:

Jeder Ausbau der Vergütungssysteme führt zu unerwünschten Marktverzerrungen und ist mit einem liberalisierten Strommarkt schlecht vereinbar. Da das erste Massnahmenpaket nur wenige Jahre Bestand haben soll, sind möglichst wenige Änderungen am bisherigen System vorzunehmen. Wenn aber die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien gefördert werden soll, sind grundsätzlich alle Anlagen zu fördern. In städtischen Kantonen hat die Stromerzeugung aus Abfall eine ähnlich grosse Bedeutung wie diejenige aus erneuerbaren Energien. Ausserdem ist die Erzeugung von Strom aus Abfall zeitlich berechenbar. Für Kleinanlagen ist es aus Gründen des Vollzugs zweckmässig, vereinfachte Förderinstrumente (Einmalförderung) vorzusehen.

Antrag: In Art. 18 Abs. 1 ist die Obergrenze von 10 MW für Wasserkraftanlagen zu streichen. In Art. 18 Abs. 3 sind Bst. a (Kehrichtverbrennungsanlagen) und Bst. b (Klärgasanlagen) zu streichen.

Art. 18 Abs. 3 Bst. d (neu):

Energetische Bauvorschriften können teilweise durch die Nutzung erneuerbarer Energien erfüllt werden. Der dazu verwendete Anteil an erneuerbarer Energie ist von Subventionen auszunehmen. Dies ist unter einem neuen Buchstaben in Art. 18 Abs. 3 zu regeln.

Antrag: Art. 18 Abs. 3 ist zu ergänzen mit Bst. d: «Anlagen, die zur Erfüllung von gesetzlich vorgeschriebenen Baustandards installiert werden».

Art. 31 und 32:

Eine staatliche Förderung von WKK-Anlagen lehnen wir ab (vgl. Stellungnahme zu Art. 3).

Antrag: Art. 31 und 32 sind zu streichen.

5. Kapitel: Finanzierung der Vergütung und weitere Massnahmen

Art. 36 Abs. 3:

Auch in Zukunft ist der Netzzuschlag im Energiegesetz zu begrenzen. Damit haben die eidgenössischen Räte die Möglichkeit, bei Fehlentwicklungen rechtzeitig Anpassungen vorzunehmen. Diese Festsetzung dient auch als Anreiz, dass bei der Förderung von erneuerbaren Energien die kostengünstigsten Technologien und Verfahren zur Anwendung kommen.

Antrag: In Art. 36 Abs. 3 ist eine Höchstgrenze für den Netzzuschlag festzusetzen.

Art. 38:

Eine allgemeine Rückerstattung des Netzzuschlags an alle Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem jährlichen Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh, die sich gegenüber dem Bund zu Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz verpflichten, lehnen wir ab. Dies führt zu einer zusätzlichen (starken) Belastung der Haushalte und der kleineren Unternehmen, was insbesondere Letztere benachteiligt. Grundsätzlich stimmen wir einer Entlastung der Unternehmen mit hohen Stromkosten gemessen an ihrer Bruttowertschöpfung zu, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dies steht jedoch unter der Bedingung, dass die Verbesserung der Energieeffizienz zusätzlich zu den Massnahmen der bereits bestehenden Vereinbarungen mit dem Bund oder den Kantonen erfolgt (Vermeidung einer doppelten Anrechnung von Energieeffizienzmassnahmen).

Antrag: Art. 38 ist zu streichen und zu ersetzen durch eine Bestimmung, die ausschliesslich eine Entlastung für Unternehmen mit hohen Stromkosten gemessen an ihrer Bruttowertschöpfung ermöglicht. Dabei dürfen bereits mit dem Bund oder dem Kanton vereinbarte Energieeffizienzziele, die zur Befreiung von Abgaben oder Vorschriften führen, nicht anrechenbar sein.

Art. 39 und 40:

Eine staatliche Förderung von WKK-Anlagen wird abgelehnt (vgl. Stellungnahme zu Art. 3).

Antrag: Art. 39 und 40 sind zu streichen.

6. Kapitel: Sparsame und rationelle Energienutzung

Art. 42:

Gemäss Art. 89 Abs. 4 BV sind die Kantone für den Gebäudebereich zuständig. Der Bund kann lediglich Grundsätze erlassen. Bereits das geltende Energiegesetz enthält solche Grundsätze. Zusätzliche Regelungen erachten wir als nicht notwendig. Insbesondere ist es unzweckmässig, Gebäudestandards von privaten Organisationen wie Minergie als Zielvorgabe aufzuführen. Ebenso unzweckmässig ist die Befreiung von Abstandsvorschriften für Neubauten, welche die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) einhalten. Zudem ist der Bund nicht zuständig für den Erlass von Bestimmungen über die Unterschreitung von Grenz-, Gewässer- und Strassenabständen sowie über die Überbaubarkeit von Baulinien (Art. 42 Abs. 3 Bst. e) zugunsten einer stärkeren Wärmedämmung oder über Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Diese Sachbereiche sind nicht im Energiegesetz zu regeln.

Antrag: Art. 42 Abs. 3 Bst. e ist zu streichen.

Art. 43–46:

Grundsätzlich unterstützen wir Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit. Hingegen widerspricht es der Idee eines liberalisierten Strommarktes, dass die Elektrizitätslieferanten zur Effizienzsteigerung ihrer Endkundinnen und Endkunden verpflichtet werden. Zudem wird damit in den Zuständigkeitsbereich der Kantone eingegriffen, die gemäss Art. 5 Abs. 1 des Stromversorgungsgesetzes vom 23. März 2007 (StromVG, SR 734.7) Leistungsaufträge an die Netzbetreiber erteilen können. Effizienzvorgaben sollen sich unmittelbar an die Endkundinnen und Endkunden richten. Am wirkungsvollsten ist es, wenn sie sich an die Energiegrossoverbraucherinnen und -verbraucher richten. Mit einem vertretbaren Aufwand könnten beispielsweise die heutigen Zielvereinbarungen der Kantone und des Bundes betreffend Effizienzsteigerung im Energiebereich mit den Grossoverbrauchern auf weitere Verbraucher ausgedehnt werden.

Antrag: Art. 43–46 sind zu streichen.

CO₂-Gesetz vom 8. Oktober 1999 (SR 641.71)

Art. 29 Abs. 2:

Die CO₂-Abgabe ist in erster Linie ein staatsquotenneutrales Lenkungsinstrument und soll nicht dazu dienen, Mittel für staatliches Handeln zu beschaffen. Wir lehnen aus diesem Grund alle Erhöhungen ab, die mehr Mittel für die Teilzweckbindung bereitstellen wollen. Unter

diesem Vorbehalt wird für die künftige Ausgestaltung der Teilzweckbindung Variante 1 bevorzugt, da sie zu einer klaren Aufgabenkonzentration bei den Kantonen führt. Die heute verstreuten Zuständigkeiten (Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Energie und Kantone) bei der Verwendung der Mittel aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe sind im Sinne einer folgerichtigen Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips zu beseitigen. Diesem Grundsatz widersprechen Vorgaben bzw. Auflagen des Bundes zu Förderprogrammen oder Technologien im Gebäubereich. Die Globalbeiträge aus der CO₂-Teilzweckbindung sollen ohne technische Vorgaben an die Kantone fliessen.

Antrag: Bei der Änderung von Art. 29 und 34 wird Variante 1 bevorzugt. Art. 34 Abs. 2 ist zu streichen.

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkten Bundessteuern (DBG, SR 642.11)

Insgesamt führt die Überlagerung von steuerlichen Abzügen mit Zuschüssen aus Förderprogrammen zu einer unübersichtlichen Förderung mit hohen Mitnahmeeffekten. Steuern sollen grundsätzlich nicht der Verfolgung oder Förderung von nicht steuerlichen Zwecken dienen. Die vorgeschlagenen Änderungen verletzen wichtige Grundsätze des Einkommens- und Gewinnsteuerrechts. Letztlich würden die Änderungsvorschläge auch zu einer starken Unübersichtlichkeit im Vollzug der Steuerveranlagung und zu einer Überforderung der Steuerbehörden führen.

Antrag: Alle vorgeschlagenen Änderungen werden abgelehnt.

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (SR 642.14)

Die Änderungen werden abgelehnt (vgl. Stellungnahme zum DBG).

Antrag: Alle vorgeschlagenen Änderungen werden abgelehnt.

Zu folgenden Gesetzesänderungen haben wir keine Bemerkungen:

- Bundesgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005 (SR 173.110),
- Wasserrechtsgesetz vom 22. Dezember 1916 (SR 721.80),
- Elektrizitätsgesetz vom 26. Juni 1902 (SR 734.0),
- Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007 (SR 734.7),
- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01).

– 8 –

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, die Versicherung
unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

RRB Nr. 99/2013